

## CO<sub>2</sub>-Ausstoß geplanter Kraftwerksneubauten sprengt jedes Klimaschutzziel

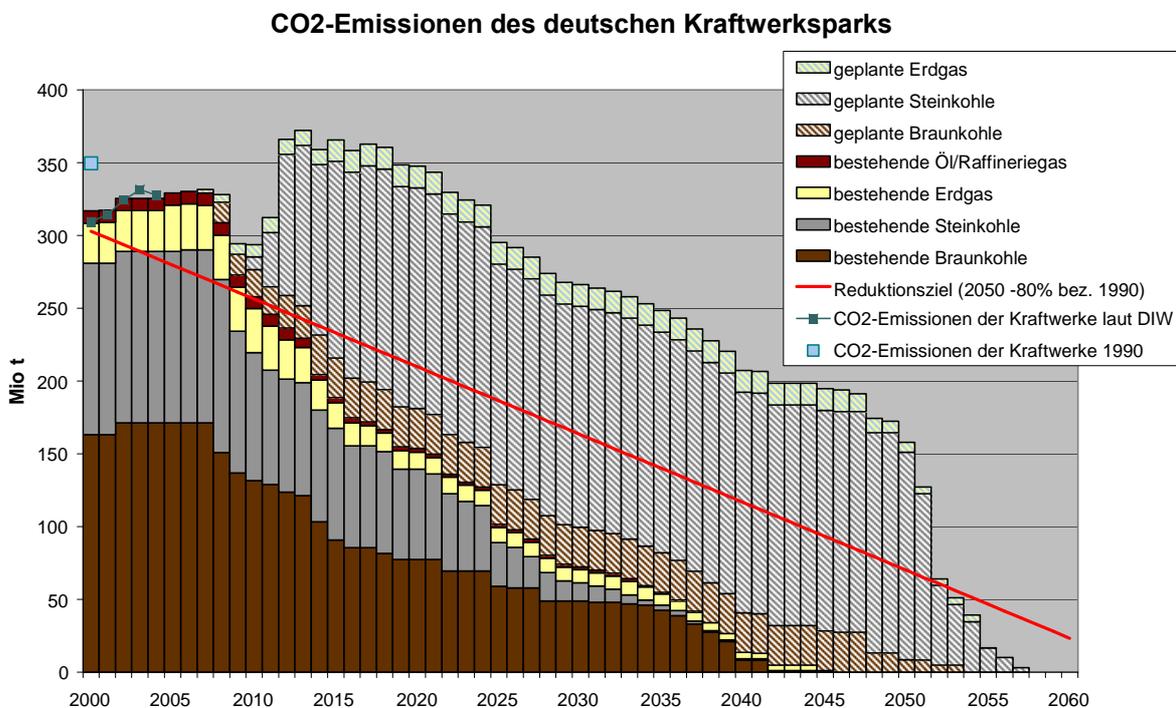
Während Bundeskanzlerin Angela Merkel sich auf dem EU-Gipfel als Klimaschützerin feiern lässt, zementiert die deutsche Industrie daheim eine klimafeindliche Stromversorgung. Rund die Hälfte aller deutschen Kraftwerke ist so alt, dass sie bis 2020 stillgelegt werden müssen. Die Energiewirtschaft plant in großem Maßstab Ersatz, doch mit fatalen Klimafolgen: Von den neu geplanten 60 Gigawatt Kraftwerksleistung sollen gut zwei Drittel ausgerechnet aus Kohlekraftwerken kommen.

Doch diese Kohlekraftwerke sind besonders klimaschädlich. Im Vergleich zur Stromerzeugung aus Erdgas wird bei Steinkohle doppelt soviel Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) frei, bei Braunkohle sogar dreimal soviel. Um die Größenordnung der Neubauvorhaben deutlich zu machen: momentan sind Steinkohle-Kraftwerke mit einer Kapazität von zusammen 26 Gigawatt (GW) in Betrieb – in Planung sind Steinkohle-Kraftwerke mit insgesamt 40 GW Leistung. Sie stoßen soviel CO<sub>2</sub> aus, dass die Klimaschutzziele der Regierung in weite Ferne rücken – wenn diese Kraftwerke gebaut werden. Und danach sieht es aus, denn viele Anlagen sollen schon bis 2012 ans Netz gehen und befinden sich bereits in der Genehmigungsphase.

Zu den vielen geplanten Steinkohle-Kraftwerken kommen noch einige neue Braunkohle-Kraftwerke hinzu – Braunkohle ist noch schmutziger als Steinkohle. In Neurath baut RWE ein Riesenbraunkohle-Kraftwerk mit einer Leistung von zwei Atomkraftwerken. Es wird pro Jahr mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen als alle EinwohnerInnen Neuseelands. Ein Klimaskandal sondergleichen, doch die selbsternannte Klimakanzlerin hielt zur Grundsteinlegung die Festrede.

Eigentlich hatte sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, die deutschen Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 zu senken. Auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Stromsektors umgerechnet heißt das: von den etwa 350 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, die der Kraftwerkspark 1990 ausspuckte, dürfen im Jahr 2050 nur noch 70 Millionen Tonnen übrig sein.

Die Grafik zeigt die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen des bestehenden und geplanten deutschen Kraftwerksparks für die Jahre 2000 bis 2060. Würde man seit 1990 linear auf das -80%-Klimaschutzziel zumarschieren, so müssten die CO<sub>2</sub>-Emissionen unterhalb der roten Linie bleiben.



Das Bild zeigt auch, wie sich in jedem Jahr die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Kraftwerke zusammensetzen. Braunkohle ist im bestehenden Kraftwerkspark Klimaverschmutzer Nummer 1, gefolgt von Steinkohle und zu kleineren Teilen Erdgas und Mineralölprodukten. Schraffiert dargestellt ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, den die geplanten Anlagen verursachen würden. Zugrunde gelegt ist bei dieser Rechnung ein Einsatz von Steinkohle im Mittellastbereich. Würden die neuen Steinkohle-Kraftwerke – wie diskutiert wird – im

Grundlast-Bereich eingesetzt, also mehr Stunden im Jahr laufen, kämen pro Jahr weitere 50 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> dazu.

Bis 2020 muss laut dem (noch unveröffentlichten) Bericht des UN-Klimarats (IPCC) eine Wende beim Anstieg der globalen Emissionen erfolgen. Die nun geplanten Kraftwerksneubauten, würden bis 2020 jedoch sogar eine Steigerung über das Niveau von 1990 bedeuten. Und bis zur Mitte des Jahrhunderts würde dieser Kraftwerkspark Jahr für Jahr gut 100 Millionen Tonnen mehr CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre blasen, als laut Reduktionsziel der Bundesregierung erlaubt wäre. Werden diese Kraftwerke gebaut, dann mit der Absicht, sie mindestens 40 bis 50 Jahre laufen zu lassen. Die Entscheidungen fallen jetzt, doch damit sind für ein halbes Jahrhundert die Weichen gestellt.

Bundeswirtschaftsminister Glos weigert sich unterdessen beharrlich, das Parlament offiziell über die Neubaupläne zu informieren. DIE LINKE. im Bundestag fragte schon letzten November in einer Kleinen Anfrage bei der Bundesregierung nach, welche Kraftwerke geplant seien und ob sich die Klimaschutzziele der Bundesregierung damit vereinbaren ließen. Die lapidare Antwort der Bundesregierung war, dass es nun mal keine Meldepflicht für neue Kraftwerke gebe (BT-Drs. 16/3761).

Der Markt wird's schon richten? Wirtschaftlichkeit fällt nicht vom Himmel, sondern hängt von den politisch gesetzten Rahmenbedingungen ab: Das Emissionshandelssystem, in dem Zertifikate verschenkt werden, die sich die Stromkonzerne dann von den KundInnen mit dem Strompreis bezahlen lassen, begünstigt Kohlekraftwerke gegenüber Gaskraftwerken. Wer sich trotzdem für ein Gas- anstelle eines Kohlekraftwerks entscheidet, dem gehen mehrere hundert Millionen Euro durch die Lappen.

Während die Schlagzeilen immer eindringlicher vor dem Klimawandel warnen, befassen sich also Gemeinderäte landauf landab derzeit mit den Genehmigungsverfahren für neue Kohlekraftwerke. Dabei ist eine klimafreundliche Stromversorgung längst möglich. Vorhandene Einsparpotenziale sind offenkundig nicht ausgeschöpft, wenn Geräte im Stand-by-Betrieb immer noch ungebremst Strom schlucken dürfen, in der Industrie alte Pumpen mit dem vierfachen Stromverbrauch von neuen effizienten Pumpen laufen und in Großstädten um 4 Uhr nachts Werbeplakate mit dutzenden Scheinwerfern beleuchtet werden. Den Strom, den wir wirklich brauchen, können Erneuerbare Energien bis spätestens zur Mitte des Jahrhunderts nahezu vollständig liefern.

Und was mit Erneuerbaren kurzfristig nicht zu schaffen sein mag, können für die Übergangszeit Gaskraftwerke mit energiesparender Kraft-Wärme-Kopplung übernehmen. Werden die Häuser, in denen mit Erdgas geheizt wird, ordentlich wärmegeklämt, steht das dort eingesparte Erdgas für die Stromproduktion zur Verfügung, so dass nicht mehr Gas importiert werden muss als bisher.

Aus dem Wirtschaftsministerium kam auf erneutes Drängen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Anfang des Jahres das Versprechen, das Parlament nun doch über geplante Kraftwerksprojekte zu informieren – bis heute ist das nicht geschehen. Man könnte annehmen, dass die Bundesregierung einfach nicht weiß, in welcher Größenordnung die Energiewirtschaft auf die fossile Steinzeittechnologie Kohle setzt. Doch wahrscheinlicher ist die wirklich schlechte Nachricht: Auf den Klimaschutz kommt es ihr nicht an.

Widerstand gegen diese fahrlässige Politik ist dringend notwendig. Wenn die Regierung lieber mit den großen Stromkonzernen kuschelt und StromkundInnen die Zeche zahlen lässt, müssen wir unsere Stromversorgung selbst in die Hand nehmen. Nicht nur bei den Umweltverbänden regt sich Widerstand. An vielen Standorten entstehen Bürgerinitiativen, die den geplanten Dreckschleudern vor der Haustür den Kampf ansagen. Die Stadt Krefeld hat soeben ein geplantes Steinkohlekraftwerk aus Klimaschutzgründen mittels einer verweigerten Änderung eines Bebauungsplans abgelehnt.

JedeR kann heute bereits selbst den Klimasündern RWE & Co. den Saft abdrehen: Der Wechsel zu Ökostrom ist einfach, und atom- und kohlefreie Elektrizität kostet oft nicht mehr als Konzernstrom. Allgemeine Infos zum Stromwechsel gibt's zum Beispiel unter [www.hanskurthill.de](http://www.hanskurthill.de), einzelne Anbieter von garantiert klimafreundlichem und nichtstrahlendem Strom werden unter [www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de) vorgestellt.